

Deutscher Reichstag.

45. Sitzung vom 9. Februar.

1 Uhr. Am Bundesratsstische: Dr. v. Stephan u. A. Das Haus tritt in die zweite Lesung des Etats der Post- und Telegraphenverwaltung ein. Bei den Ausgaben: Bejohlung des Staatssekretärs bemerkt

Abg. Dr. Schönlanke (Soz.): Ich weiß nicht, wann es war, daß der Kaiser dem Generalpostmeister sein Bild geschenkt hat mit der Unterschrift: 'Wir leben im Reiche des Reiches'. Aber während sonst die deutsche Postverwaltung an der Spitze der Reichsverwaltung steht, ist sie jetzt schon lange in einer gewissen Beschränkung und Einschränkung gefallen und hat sich u. a. auch von der württembergischen Postverwaltung auf dem Gebiete der Postregulierung und des Telegraphenwesens schlagen lassen. Die deutsche Verwaltung hat zwar ein offizielles Postgesetz gegen Württemberg erlassen, aber Württemberg hat sich nicht einschließen lassen. Auch auf dem Gebiete der Sozialreform herrscht in der Reichspostverwaltung Stagnation; die Verhältnisse sind da ein Muster, wie sie nicht sein sollen. Die verschiedenen Ziffern, die der Staatssekretär vorzuführen liebt, mögen im ersten Augenblicke blenden; bei näherer Betrachtung wird doch aber die Unübersichtlichkeit des Gebirges der rückwärtsgehenden Entwicklung der Postverwaltung im Reichspostministerium in die Augen fallen. Bei der Herabsetzung der Beamten nachwachsend; denn ihr Verbleib ist derselbe wie in jedem Großbetriebe, der nach kapitalistischen Grundsätzen geleitet wird in Kleinland oder in Westfalen. Auf der einen Seite steht der Chef und der Stab seiner höheren Beamten, auf der anderen die vielen Tausende täglich beschlehter, distanzierter Leute, also Tagelöhner. Diese große Masse der Postbeamten ist ebenso wie viele Eisenbahnbeamten gar nicht tatsächlich angestellt. Selbst wenn das endlich geschieht, so können diese Leute nach sechs- oder achtstündlicher dreimonatlicher Kündigung entlassen werden. Dies System giebt die Beamten schonungslos in die Hand des Staatssekretärs. Deshalb besteht auch die Tendenz, es immer mehr auszuweiten. Von 62760 Unterbeamten 1892 war nur knapp die Hälfte tatsächlich angestellt. Wenn man die traurige Lage dieser Unterbeamten bedenkt, sollte man doch meine, sie hätten wenigstens das Recht auf einen Urlaub. Das ist aber nicht der Fall. Endlich ein solcher Mann um Urlaub nach, was geschieht ihm dann? Als ein Postunterbeamter in Breslau um drei Tage Urlaub bat, um seine Frau zu besuchen, wurde ihm die Bitte nur unter der Bedingung gestattet, daß er die Kosten der Reise selbst zu zahlen habe. Dazu war er bei seinen gedrückten materiellen Verhältnissen nicht im Stande und mußte auf den Urlaub verzichten. Das ist ein kulturfeindlicher, barbarischer Zustand. Wenn ein solcher Unterbeamter erkrankt, zeigen sich die humanen Grundzüge der Verwaltung in vollstem Maße. Der Mann muß sich in solchem Falle beim Vertrauensarzte der Verwaltung melden. Diese Ärzte, die im Solde der Verwaltung stehen, werden naturgemäß so langsam wie möglich mit der Bescheinigung der Krankheit fertig. Aber noch mehr: wenn der Mann zu dem Vertrauensarzte kommt, so liegen schon seine persönlichen Verhältnisse auf dem Wege, daß er konstatiert, daß es weniger darauf ankommt, zu konstatieren, ob der Mann krank ist, sondern ob er vielleicht ein würdiger Mann, ein guter Mann, ein Sozialdemokrat ist. Diese Beamten, bei denen der Pflichtenstreif so ausgeblüht ist, hat die Berliner Ober-Postdirektion für 'schlechtverhaltene Leute' erklärt, weil sie zu Weisnachtern Zuwendungen von Privaten angenommen haben. Wie soll man sich das erklären, wenn bereits Herr v. Stephan, in dessen Namen dies geschieht, sowohl solche Geschenke annimmt, wie auch verteilten läßt. Herr v. Stephan läßt jedes Jahr an die Postämter und Assistenten von Eisenbahnstationen zu Weisnachtern Geschenke verteilen, um die Weisnachtpakete prompt befördern zu bekommen. Herr von Stephan nimmt aber auch Geschenke an. Der Eisenbahnminister, dessen Sparbarkeit sonst unbestritten bekannt ist, hat zu Weisnachtern dem Personal des Postamtes 41 Maneschpaz 500 Mk. überweisen und Herr v. Stephan hat sie auch verteilen lassen. Es beteiligten sich an der Summe die Beamten von Postdirektion, der 60 Mk. davon erhielt, bis zum Posthilfsarbeiter. Wenn das 'Personal' nach Ansicht des Herrn Reichens die Summe erhalten sollte, so gehört doch der Postdirektor nicht zum 'Personal'. Ich will weiter daran erinnern, daß Herr v. Stephan nichts zu erinnern hatte, als Oberpostdirektor, Schiffsmann in Berlin zu seinem Jubiläum von der Kaufmannschaft 10000 Mk. erhielt. Man sagt dann, das seien Donationen. Ja, so nennt man die Kräfte der hohen Beamten. Die soziale Lage der Postunterbeamten ist eine so traurige, daß sie darauf Bedacht nehmen müssen, sich einen Nebenverdienst zu suchen; so machen sie durch Musikanten den Civilmusikern Konkurrenz. Sehr beweislos ist für die Beurteilung solcher Dinge ist die Kriminalpolitik, und da ist es in Deutschland schon so weit gekommen, daß die Gerichte die Postunterbeamten, wenn sie wegen Unterschlagung er. angeklagt werden, weit milder beurteilen als andere Leute, weil sie auf deren schlechte und ungenügende Befehle Rücksicht nehmen. Solche Fälle liegen uns aus Köln, aus Halle, aus Leipzig vor. Sehen Sie sich nun einmal die Verhältnisse in dem berühmten Post-, Spat- und Vorkaufverein an. Von den Mitgliedern haben sich 36 Proz. Vorkaufe geben lassen müssen in Höhe von über 5 Mill. Mk. Das beweist doch, daß die Leute mit ihrem Gehalte nicht auskommen können und Geld leihen müssen und zwar zu 5 Proz. Zinsen. Dabei wird eine unerlaubte Pression ausgeübt, um die Leute zum Eintritt in den Verein zu zwingen. Willkürliche müssen die Gründe ihrer Weigerung angeben, wie aus einem Erlaß der Oberpostdirektion in Halle hervorgeht, und kommen auf eine Liste, die doch weiter nichts ist, als eine schwarze Liste. Die Postverwaltung, die so eigenhändigen Willkür über Geselbhaber und Heimer hat, nimmt ganz ruhig Geschenke von der Leipziger Lebensversicherungsgesellschaft. Auch den ärmsten Postunterbeamten werden Bewilligungen abgefordert. U. a. für die Kaiser Wilhelmstiftung, deren Erträge jedoch nur den Leächtern höherer Beamter und verantrager Delinquer zu Gute kommen. Die Unterführungen für außerordentliche Bedarfsfälle sollen nur im Ausnahmefalle den höheren Beamten zu Theil werden, auch gegen die Vorschriften, wie es jetzt nachteilig in Berlin verfahren. Große Erbitterung erregt bei den Unterbeamten der Reichspost A. d. h. Berlin, Hamburg, Frankfurt, Altona u. der Zustand des Wohnungsgeldzuschusses. Sie beziehen

lediglich 240 Mk., womit sie doch natürlich nicht auskommen können. Sie müssen also zum Nebenverdienst greifen, der Direktor Richter empfahl ihnen ja auch ausdrücklich das Zimmer- und Schlafstellungsvermehren, obwohl das Vermehren ein großer Krebsgeschwür ist. Man muß diese Servilische A unbedingt erhöhen. Das in der Postverwaltung Kabinetsmäßig der schlimmsten Art geübt wird, beweist ein Erlaß der Oberpostdirektion in Halle vom 11. Oktober 1892, welcher konstatiert, daß durch die Käuflichkeit der Verwaltung ein Beamter unerschuldig 7 Wochen in Untersuchungshaft gerathen und entlassen werden ist. Ist der Mann wieder angestellt worden? Ich bitte sehr dringend um Antwort, denn sonst kommt man zu der Ansicht, daß nur Leute vom Schlage der Jüngling-Mahlow erhaltene Genehmigung in Deutschland bekommen. Auf der anderen Seite hat sich ein Postdirektor in Mülheim schwere Vergehen zu Schulden kommen lassen, und dann hieß es, er sei freiwillig aus dem Dienst geschieden. Die Subalternbeamten, die Assistenten, sind, obwohl sie meist bessere Bildung haben, an ihre Stellung festgehalten. Die höhere Karriere ist ihnen verweigert. Und doch verstehen sie ganz dieselbe Arbeit, wie die Sekretäre; aber diese sollen eben mit der Zeit befristet und durch die schlecht bezahlten Assistenten ersetzt werden. Selbst ist es auch, daß die Schüler der Post- und Telegraphenschule auch während sie diese Post- und Telegraphen nicht nur ihr volles Gehalt weiter beziehen, sondern auch zu Weisnachtern, wenn sie zu Hilfsdiensten herangezogen werden, bis zu 8 Mark Diktien außerdem bekommen. Die Anstellungsverhältnisse müssen der diskretionären Gewalt des Herrn von Stephan entgegen werden. Aus dem Fonds für außerordentliche Leistungen u. werden die Beamten, die im Centralamt sitzen, stets ganz anders beachtet, als die über das Reich vertheilten Beamten. Ueberall Willkür, diskretionäre Vollmacht! Durch eine Verfügung von 1879 ist das Briefgeheimnis für die Sozialdemokratie aufgehoben worden. Pakete, denen man es von außen ansieht, daß sie verächtlichen Inhalt haben, sollen geöffnet werden. Obwohl das Sozialistengesetz inzwischen gefallen ist, gilt diese Verfügung noch heute. Der Generalpostmeister hat allerdings in einem Berichtungsbogen bekannt gemacht: Nummer 10 und 10 der Dienstausweisung ist zu streichen. Das ist auch geschehen und so hinten herum ist die Verfügung gestrichen worden. Aber ich meine doch, eine Verfügung, die im Amtsblatt ergangen ist, muß doch auch im Amtsblatt zurückgenommen werden. Ich habe ein gutes Herz und glaube, Herr Heinrich von Stephan würde sich der Verfügung; aber wenn Heinrich Buse thun will, muß er nach Cassella gehen. (Geister.) Allmählich hat Herr von Stephan die Gewohnheiten des Bismarck'schen Absolutismus wieder angenommen, er ist ein zweiter Post-Bismarck geworden. Der Post- und Telegraphen-Affizienten-Verband hat sich ja allerdings tatsächliche Anerkennung erkämpft, aber was nicht von vorn gezeichnet kam, das geschieht hinten herum. Der Vorstand wird von Spitzeln überredet. Es ist bekannt, daß Herr v. Stephan in solchen Beziehungen zu dem offiziellen Wolffischen Telegraphenbüro steht, daß dies in alle Welt telegraphiert, wenn er einmal einen Anruf bekommen hat, während es nicht ein Wort über den kleineren Parteitag der mens. es nicht in der Welt telegraphiert. Ich würde, daß die Post- und Telegraphenverwaltung zurückkommen ist von ihren bisherigen wirtschaftlichen und sozialen Grundrissen. Wenn der bürgerliche Heinrich Stephan heute Postassistent wäre, so würde er eifriges Mitglied des Verbandes der Postassistenten sein und er würde zu den wüthendsten Sozialdemokraten gehören. So miserabel die Verhältnisse des Herrn von Stephan sind (Große Unruhe. Rufe Schluß!) - dafür habe ich ein gerichtliches Urtheil - so miserabel ist auch seine Sozialpolitik. (Steigende Unruhe und Lärm.) Herr von Radloff, Sie scheinen als verhungertes Landwirth; dann lassen Sie uns auch einmal schreiben für die hungernden Postbeamten. Es müssen Reformen geschaffen werden; will man einen Stimpf austrocknen, so darf man nicht die Früchte ihrer Sozialpolitik ernten.

Direktor im Reichspostamt Richter: Ich lege Protest dagegen ein, daß der Vorredner sich hindert, im Namen der 'hungernden Postbeamten' zu sprechen. Der Vorredner hat kein solches Mandat. (Auf: Woher wissen Sie das?) Ich verweise auf die Erklärung eines Postunterbeamten in den Bremer Nachrichten, worin es heißt: Wir haben nichts zu thun mit den Sozialdemokraten. Der Vorredner sprach von Sklaven, von verurtheilten Beamten u. s. w. Ich weiß wohl, daß es nicht für dieses Haus, sondern nach außen gesprochen. Wichtiger ist mir aber, es von der Bedeutung des Briefgeheimnisses sprach. Der alte Erlaß von vor 15 Jahren ist außer Kraft getritt. Der Oberpostdirektor ist auch in dem einen vom Vorredner erwähnten Falle rethorisch worden. Die Zurücknahme jenes Erlasses ist genau an der Stelle erfolgt, wo sie ergehen ist. Die Kriminalfälle sind unter den Postbeamten unter der Verwaltung des Herrn von Stephan zurückgegangen. Von einer Kabinetsmäßig kann in der Postverwaltung nicht die Rede sein. Der Vorredner hat die Sozialpolitik der Post 'miserabel' genannt und Herrn von Stephan ein 'sozialpolitisches Petrefakt'. Dem halte ich entgegen, daß die Postverwaltung bemüht gewesen ist, durch Verträge mit Lebensversicherungsgesellschaften den Beamten Gleicherungen und Zuschüsse zu gewähren. Ist das miserabile Sozialpolitik, wenn wir so für die Grundfrage der Hinterbliebenen der Postbeamten sorgen? Man hat es uns auch durchaus gedankt. Im Jahre 1871 trafen wir, wieder auf dem Boden der Selbsthilfe, Einrichtungen für die Beamten, sich aus Verlegenheiten zu ziehen. Das ist der 'berühmte' Post-Spat- und Vorkaufverein. Solche Verlegenheiten können durch Krankheiten, Todesfälle u. auch bei ganz ordentlichem Gehalt vorkommen. Wenn das Zutritt nicht da wäre, würden die Beamten Geld zu ganz anderen Dingen machen müssen und es bei den sogenannten Awaakaten-Beinen finden. Das Zutritt hat sehr segensreich gewirkt. Es hat jetzt ein Vermögen von 25 Mill. Mk. Das ist Kaiser-Wilhelmstiftung lediglich den höheren Beamten zu Gute kommen, ist ebenso irrig, wie daß die Postverwaltung befristet wäre, die Unterbeamten zu Tagelöhnern herabzurufen. Wir erkennen gern an, daß das Verhältniß der nicht-erwünschten Stellen zu den tatsachmäßigen nicht das erwünschte ist. Wir sind ja aber auch bemüht, das Verhältniß von Tag zu Tag zu bessern. Unter den 38000 nicht angestellten Unterbeamten befinden sich aber auch 20000 sog. Posthilfsbeamte. Alle Ziffern, die der Vorredner angeführt hat, sind unvollständig und ungenau. Die hängigen Hilfsbeamten sind insofern entlassbar, jetzt dagegen haben sie äwöchentliche Kündigung bekommen, 12 Wochen unverzögert ihr Einkommen,

brauchen; also nicht zu den Krankenkassen beizutragen und bekommen in Folge der Dienstunfähigkeit Unterstützung für sich und Frau und Kinder. Ist das miserabile Sozialpolitik? Wir thun, was wir thun können. Damit will ich schließen. (Beifall.)

Abg. Schmidt (Eisenf.): Ich habe im vorigen Jahre das Eisenf. ausgeprochen, daß man das Maximalgewicht dieses Briefes von 15 auf 20 Gramm erhöhen soll. Die Berechtigung dieses Verlangens hat der Staatssekretär im vorigen Jahre eigentlich auch anerkannt. Andere Staaten, wie Frankreich, bedürfen dieser Erhöhung um deswillen weniger als wir, als in diesen Staaten das Briefpapier ein wesentlich kleineres Format hat als bei uns. Der Staatssekretär sagte aber, daß eine Erhöhung dieses Maximalgewichts einen zu großen finanziellen Ausfall zur Folge habe. Aber in Oesterreich ist diese Erhöhung bereits erfolgt. Die aus Oesterreich nach Deutschland kommenden Briefe bedürfen aber einer besonderen Unterbindung, ob sie 15 Gramm Gewicht überschreiten. Tritt die Erhöhung auch bei uns ein, so würde doch eine große Arbeit erspart werden. Jetzt ist die Folge des Zustandes, wie er bei uns ist, daß man, um kein Uebergewicht zu erhalten, möglichst dünne Briefumschläge verwendet, und diese vielfach in zerriemenen Zustande antommen. Ein großer Fortschritt wäre es, wenn bei uns ein Normalpapier eingeführt würde. Der Staatssekretär hat dann im vorigen Jahre gesagt, daß eine Erhöhung des Maximalgewichts einen Ausfall von 5 Millionen Mark bei einem Uebergewicht von 50 Millionen Briefe zur Folge haben würde. Aber es handelt sich doch nicht um alle Doppelbriefe, sondern nur um die, deren Gewicht zwischen 15 und 20 Gramm beträgt. Es wurden im letzten Jahre 36 Millionen Doppelbriefe befördert, darunter 14 Millionen eingeschriebene Briefe, von denen man von vornherein annehmen kann, daß sie nicht als 20 Gramm wiegen. Im Allgemeinen kann man aber wohl annehmen, daß nur 8 bis 10 Prozent dieser Doppelbriefe ein Gewicht von 15 bis 20 Gramm haben. Es würde also nur ein Ausfall von 500000 Mark in Frage kommen. Aber dabei muß man die stetige Zunahme des Briefverkehrs berücksichtigen und die Thatfache, daß jede Erleichterung des Verkehrs diesen steigert. Also ich resumire mich: Eine Erhöhung des Maximalgewichts für einfache Briefe von 15 auf 20 Gramm würde eine wesentliche Arbeit ersparen, würde einen wesentlichen Ausfall an Einnahmen nicht zur Folge haben und ist ein dringender Wunsch weiter Kreise. Ich bitte den Staatssekretär, dies zu erfüllen.

Staatssekretär Dr. v. Stephan: Die Frage ist lediglich eine finanzielle und gerade darum in einem Augenblicke, in dem die Kommisionen sich mit neuen Steuerprojekten beschäftigen, nicht zu lösen. Ich habe aber namentlich das Wort ergriffen, um noch auf einige Neuerungen des Abg. Schönlanke zurückzukommen. Die Herabsetzung des Briefpreises in Württemberg, auf die Abg. Schönlanke hingewiesen hat, ist ein Interium der württembergischen Regierung. Es liegt das in besonderen Verhältnissen zur Beziehung dieser bestehenden Verhältnisse, aber die Maßregel findet in Württemberg gar keinen Beifall. Nach einem Artikel des 'Aller Tageblatt' wird diese Maßregel als eine rein fiskalische Seiten der dortigen Bevölkerung angesehen. Ich habe auch das 'Aller Tageblatt' wiederholt herangezogen für verschiedene Entfernungen. Diese Entschuldigungen will ich doch bei uns nicht mitmachen. Sodann hat Abg. Schönlanke auf die Ermäßigung der Fernposttarifen in Württemberg hingewiesen, aber Württemberg ist ja darin uns erst nachgefolgt. Wir können nicht weiter darin gehen, da das auch einen außerordentlichen Ausfall - ich berechne ihn auf 5 Millionen - zur Folge haben würde. Die Anzahl der Fernpoststellen hat auch im Reiche eine außerordentlich viel größere Zunahme erfahren als in Württemberg. Möge also Abg. Schönlanke, wenn er solche Anlagen erhebt, sich erst unterrichten, wie es in dem Staate aussieht, den er uns als Muster zur Nachahmung empfiehlt.

Abg. Schmidt (Eisenf.): Was den finanziellen Ausfall bei einer Erhöhung des Maximalgewichts für einzelne Briefe betrifft, kann ich meine vorher gemachten Berechnungen nur wiederholen. 7 1/2 Millionen Doppelbriefe bis zu 250 Gramm anzunehmen würden. Ich ermahne den Beweis dafür, daß 20 Proz. aller Doppelbriefe ein Gewicht zwischen 15 und 20 Gramm hat. Bis dieser Beweis erbracht wird, halte ich meine Behauptung aufrecht, daß nur 10 Proz. des von der Postverwaltung berechneten Ausfalls in Frage kommt.

Direktor Sachse: Wir müssen uns immer noch auf die Ermittlungen von 1881 stützen, da seitdem keine neuen Ermittlungen wegen der großen Mißverwaltung, die es macht, 700 Millionen Briefe auf ihr Gewicht zu unteruchen, angestellt sind. Damals ergab sich, daß die Briefe bis 15 Gramm 86,71 Prozent aller Briefe waren, die Briefe von 15-20 Gramm 6,42 Prozent und alle übrigen Briefe 6,86 Prozent aller Briefe ausmachten. Wenn Sie dieses Prozentverhältniß anwenden auf die Zahl der Briefe im Jahre 1891, so ergibt sich, daß ein Ausfall von rund 4 1/2 Millionen Mark in Frage kommen würde. Denn bis 15 Gramm wurden 605 Millionen Briefe befördert, zwischen 15 und 20 Gramm 45 Millionen Briefe. Und diese 4 1/2 Millionen Mark Ausfall würden sich ergeben, wenn die Erhöhung des Maximalgewichts nur für den Inlandsverkehr eingeführt würde. Es würde aber eine unerlässliche Folge die Ausdehnung auch auf den Verkehr mit dem Auslande sein und dann würde noch 1 1/2 Million Mark hinzukommen und das würde einen Gesamtausfall von 5 1/2 Millionen Mark zur Folge haben.

Abg. Schmidt (Eisenf.): Das was ich eben gesagt haben, steht in diesem Widerspruch mit dem, was uns der Staatssekretär bisher stets gesagt hat. Die soeben uns vorgeführten Zahlen gehen zu, daß die Zahl der Briefe von 20 bis 250 Gramm zum größer ist, als die Zahl der von 15-20 Gramm. Also würde der Ausfall nur die Hälfte von 5 1/2 Millionen ergeben. Ich bitte wiederholt, die Maßregel, die eine sehr wohlthätige ist, einzuführen.

Direktor Sachse: Ich muß bei meinem vorher dargelegten Standpunkte stehen bleiben; ebenso bei der Ziffer des zu erwartenden Ausfalls.

Abg. Schmidt (Eisenf.) hält dem Betreter der Regierung vor, daß dessen Angaben über die Gesamtzahl der zur Verwendung gelangten Briefe über 15 Gramm sich nicht mit dem amtlichen Statistik decken.

Abg. Cassellmann (Fr. P.) wünscht die Anbringung des Expeditions an unseren Fernsprechrichtungen, die sich in anderen Ländern bewährt habe.

Staatssekretär Dr. v. Stephan erwidert, daß man diese Einleitung der Briefe auch bereits in Deutschland erprobt habe, sich jedoch über die verschiedenen Verhältnisse dabei herausgestellt hätten. In anderen Ländern, wie in England, würden auch für die Benutzung der Briefe Zustände zu der normalen Lage eintreten, was bei uns nicht zuzulassen sei.

Abg. Schmidt (Wartburg, H.): Ich bin der Meinung, daß bei den öffentlichen Bauten jeder Luxus vermieden werden muß, namentlich bei der jetzigen Finanzlage. Unter den einmaligen Ausgaben finden wir außerordentlich hohe Summen allein für Baufuß, z. B. in Krefeld für einen Neubau 750 000 Mark.

Präsident von Levetzow: Sie sind jetzt kein Titel Minister. Abg. Schmidt-Wartburg: Ich werde ja nachher meine Rede nicht noch einmal halten (Geisterf.). Für Altona werden 680 000 Mark an Baufuß gefordert, für Dortmund 1 386 000 Mark. Für Deutsch-Krone, eine kleinen Stadt von 6652 Einwohnern, 157 000 Mark gefordert.

Präsident von Levetzow: Aber Herr Abgeordneter, Sie gehen ja den ganzen außerordentlichen Etat durch (Geisterf.).

Abg. Schmidt-Wartburg: Ich muß doch meine allgemeine Rede hier zusammenfassen begründen. Soll ich meine Rede wiederholen bei jeder einzelnen Position wiederholen? (Präsident von Levetzow: Das müssen Sie wissen.) Gut! (Geisterf.) Wie beschließen Sie die Leute in der Justizverwaltung neben denen der Postverwaltung an? Die Kommission hat ja einzelne Forderungen gestellt, aber sie hat eine Resolution beschlossen, die lautet:

Präsident v. Levetzow: Die Resolution steht aber jetzt nicht zur Beratung.

Abg. Schmidt-Wartburg: Aber ich muß doch... na, denn nicht! (Geisterf.) Jedenfalls möchte ich die Postverwaltung drängen, nicht Postfiskus mit vornehmen Postämtern und kleinen Postämtern und sonstigen unzulänglichen Vergütungen herstellen zu lassen, sondern einfache Zielgebühren.

Abg. Dr. Enneccerus (N.): Stimmt dem Vordere bei, daß es bei der allgemeinen Besprechung möglich sein muß, auch einzelne Punkte zu besprechen. Ich habe auch das Wort vor mich ergriffen, weil ich meine, daß die Worte des Herrn Schönlank, wenn sie auch bereits eine vorläufige Widerlegung von Regierungssichtungen gefunden haben, auch aus dem Hause eine Widerlegung bedürfen. Die Postverwaltung ist durchaus keine „Lebensversicherung“, wie sie Abg. Schönlank genannt hat, sobald man sich die Grundsätze der Postverwaltung, die die Post vom Reiche und vom Staat, besonders seitens der Eisenbahnen, in Anspruch nimmt. Auch wir sind stets besetzt gewesen, die Zahl der diätarisch beschäftigten Beamten müßte vermindert und die der etatsmäßig angestellten vermehrt werden. Auch darin stimmen wir mit dem Abg. Schönlank überein, daß die Unterhaltungen von Altona den geringst bezahlten Beamten zuzumessen müssen.

Wenn der Abg. Schönlank meint, daß das nicht geschieht, so hätte er von der Verwaltung die Vorlegung eines Nachweises über die Verwendung des Fonds fordern sollen; das hat er nicht getan, er hat uns einen einzelnen Fall vorgeführt, den wir nicht prüfen können. Damit fördert er nicht die Sache; das wollte er wohl aber auch weniger als die Förderung seiner Parteizwecke. (Beifall Zustimmung.) Seine ganze Rede war nicht eine Rede zu Gunsten der Postverwaltung, sondern eine Rede, die die Postverwaltung in die Folge der kapitalistischen Produktionsweise unserer Zeit ist, dem wären die Postbeamten sehr viel dran, damit sie es, wie ad Calendas Graecas verweisen! Abg. Schönlank stellt ihre Lage jedoch als Folge einer schlechten Verwaltung hin. Damit nicht er der sozialdemokratischen Agitation, aber wiederum nicht den Postbeamten. Den Postbeamten schadet man, wenn man ihre Besoldungen nur zu Anzweifeln kommt.

Weber das System der Dienstverhältnisse werden wir uns bei der Beratung der Dienstverhältnisse näher unterhalten. Ich möchte nur jetzt betonen, daß auch wir eine Änderung dieses Systems der Dienstverhältnisse auch auf die Postbeamten wünschen. Aber in dem gegenwärtigen Augenblick hätte das nur eine Schädigung der unteren und mittleren Postbeamten zur Folge gehabt.

Staatssekretär Stephan: Auch ich bin der Ansicht, daß die Rede des Abg. Schönlank mehr eine Agitationsrede für die Sozialdemokratie als zu Gunsten der Postbeamten war. Betreffend die Leistungen der Eisenbahnen für die Post muß ich bemerken, daß die herausgerechneten Ziffern bezüglich von den Eisenbahnbeförderungen festgestellt worden sind, ohne die Postverwaltung zu fragen. (Geisterf.) Man darf auch nicht vergessen, daß die Post große Leistungen erwirkt, daß sie z. B. die amtlichen Schriftstücke unentgeltlich befördert, und daß der Post durch die sozialpolitische Aufgabe außerordentlich große Lasten aufgebürdet sind. Außerdem ist doch nicht zu vergessen, daß die Post einen großen Gewinn aus der Postbeförderung früher hatte. Dieses Postregal mit seinen großen Lebensmitteln ist meiner Ansicht nach unbedenklich Weise von dem Staate aus der Hand gegeben worden. Er hätte die Bahnen selbst bauen sollen, dann hätte er dieses alte Postregal nicht erst zu hohen Preisen zurückkaufen müssen.

Abg. Dr. Bachem (St.): Ich gebe zu, daß eine Reihe von Servituten der Post aufrecht sind; andererseits ist aber der freie Transport der Post durch die Eisenbahn ein großes Recht; ich verhoffe, daß der Staatssekretär der Postverwaltung dieses Recht nicht aufgeben will. Es ist überhaupt berechtigt, daß die Postverwaltung eine Schmälerung ihrer Einnahmen nicht zulassen will. Es ist nicht zu betonen, daß eine Verminderung des in der Post angelegten Kapitals nur eine sehr geringe ist. Deshalb bin ich im Allgemeinen kein Freund davon, wenn man an die Post zu große finanzielle Anforderungen stellt. Aber aus diesem Grunde wundert es mich sehr, daß die Postverwaltung sich noch immer nicht zu einer Reduzierung des Postes für die Beförderung von Zeitungen entschlossen hat. Nun, jetzt richtet sich das Porto nach dem Abonnementpreise, was aber in keinem Verhältnis steht zu dem Gewicht an Papier. An den billigen Zeitungen, die eine große Masse Papier ihren Abonnenten liefern, steht die Post entscheiden zu und muß das wieder herauszahlen aus dem Porto für die kleineren Zeitungen.

Als das Gesetz bet. das Porto erlassen wurde, konnte man diese Entschädigung des Postwesens nicht voraussehen.

Staatssekretär Dr. von Stephan: Ein Gegenwort in dieser Beziehung ist in Vorbereitung. Ob er noch in dieser Regierung des Reiches gegeben wird, ist zweifelhaft. Die Anträge des Reiches werden dabei im Auge behalten werden.

Abg. Schönlank (St.): Die Ausführungen des Direktors Fischer können an der Sache nichts ändern, daß die Unterbeamten 30 Jahre auf ihre etatsmäßige Anstellung warten müssen. Das ist ein unerträgliches Zustand. Es ist eine un-

gehörte Vernehmung des Beamtenpersonals eingeleitet, dagegen nur eine ganz geringe Zunahme der etatsmäßigen Stellen und eine ungehörige Vergrößerung des Fonds für Hilfsangestellte. Das ist das große Geheimnis der Stephan'schen Finanzpolitik. Mit dem kleinen Finanzmittelschaden der Verweigerung auf die Posthilfsstellen darf mir der Direktor Fischer nicht kommen. Es handelt sich nur um 1200 Posthilfsstellen mit Remunerationen von 50 Mark. Die schlechte Lage der unteren Beamten geht aus der starken Zusammenziehung des Spar- und Vorbehaltvereins hervor. Die höheren Beamten werden täglich machen durch große Entgelten in den Sparverein gute Geschäfte. Herr Direktor Fischer hat mit der Kriminalstatistik zu beweisen versucht, daß es den Postbeamten nicht so schlecht geht. Ja, sie haben eben einen zu guten Lohn, als daß sie sich trotz ihrer elenden Lage zu Unterzahlungen verleiten ließen. Wollen Sie das aber als eine Prämie betrachten, den Postbeamten weiter diese miserablen Löhne zu zahlen? (Beifall links.)

Herr Enneccerus sagt, ich hätte nur eine Agitationsrede gehalten. Ja, alle unsere Reden agitierten, weil wir die einzige Partei sind, die ungeschämte die sozialen Verhältnisse zeigen, wie sie sind. (Lachen.) Natürlich bin ich scharf vorgegangen. Freisinnige Schichten kann man nicht mit Rosenwasser behandeln. Meine Rede ist dem Generalpostmeister und Ihnen unangenehm, und unangenehm Ihnen selbst mit Agitation. Bei uns ist es eben nicht der Fall, daß wir hier anders reden als drinnen. Wir können nur immer noch eine Richtung hin reden, wir können nicht, wie eine Partei, die ich nicht näher zu benennen brauche, heute so und morgen so reden, heute uns begeistern für Bismarck und morgen gut Freund sein mit Caprivi. (Große Geisterf.) Die Fraktion Drehscheibe — (Große Unruhe, Ruf: Zur Ordnung!)

Präsident von Levetzow: Der Abgeordnete hat ja keine Partei genannt. (Geisterf.)

Abg. Schönlank (fortfahrend): Herr Direktor Fischer hat mich daran erinnert, daß die amtliche Statistik gegen die Postverwaltung spricht. Wir erziehen den Staatssekretär, den Mann, der an der Spitze der Postverwaltung steht, Reformen vorzunehmen. Es kann ihm doch kein größerer Gefallen geschehen, als wenn wir eine solche Rede hier halten (sehr richtig! rechts; große Geisterf.), wenn wir Ihnen sagen, wie es den Postunterbeamten geht und was sie denken, wenn sie ihren Vorgesetzten gegenüber auch noch so fromme Gesichter machen. Herr v. Stephan hat allen Anlaß, im Interesse der öffentlichen Ordnung und des Reiches die Lage der Postbeamten zu verbessern. Denn voraussetzungen sich? aus den kleinrentlichen Kreisen, aus den Kreisen des Handwerks, die noch an die Autorität, die Allweisheit und Vorsehung des Staates glauben. Das Reich verlor seine Autorität dadurch, daß es sich den Postunterbeamten entgegenstellte als ein großer Ausbeuter (Große Unruhe) — als ein Exploiteur, daß es mit dem größten Raffinement und der größten Rücksichtslosigkeit als kapitalistischer Unternehmer ihnen gegenüber. Eine große Anzahl Privatunternehmer würde sich einschreiben mit ihren Arbeitern zu umzufringen, wie hier das Reich. (Unruhe.)

Präsident von Levetzow: Den letzten Ausdruck muß ich rügen. Die Postverwaltung hat nicht nötig sich so zu schämen.

Abg. Dr. Schönlank (fortfahrend): Jede Zeitungsübernahme wird als großer Einnahmefall zurückgeführt, wobei man doch, daß solche Veränderungen in anderen Ländern nicht vorkommen. (Beifall.)

Abg. G. über (St.): Mit der württembergischen Reform geht es, wie mit der Bremerform, man hat das so schlau eingerichtet, daß sie der Post größere Einnahmen bringt, dagegen nicht weiter lebend verweisen. Dasselbe ist auch in Württemberg mit sehr gemilderten Gesetzen angekommen worden.

Abg. Graf Limburg-Sturum (St.) erklärt, daß er das Verhältnis der Post- und Eisenbahnverwaltung im Abgeordnetenhaus zur Sprache gebracht habe, und erklärt, daß er durchaus nicht einseitig die Sache dargestellt habe. Seine Ausführungen hätten ihre Berechtigung gehabt.

Der Titel wird bewilligt.

In einer persönlichen Bemerkung weist Abg. Enneccerus die Bemerkung des Abg. Schönlank, daß die nationalliberale Partei die Fraktion Drehscheibe sei, zurück, und erklärt, daß die Stellung der Nationalliberalen zum Fürsten Bismarck immer dieselbe geblieben sei.

Darauf verlegt das Haus die weitere Beratung auf Sonnabend 1 Uhr.

Schluß 5 1/2 Uhr.

Preussischer Landtag.

Abgeordnetenhaus.

13. Sitzung vom 9. Februar.

11 Uhr. Am Ministerische von Heyden, Thielen u. A. Eingegangen: Geheimeverbot betr. die Auffassung und Gewinnung der Rals- und Magnesitsteine.

Betriffs der Wahlen der Abg. Fehr. von Lynder und Tamoisch (1. Königsberg) beantragt die Kommission Billigkeitserklärung.

Abg. Mikert beantragt Zurückweisung an die Abtheilung behufs schriftlicher Berichterstattung.

Das Haus nimmt den Antrag mit 127 gegen 122 Stimmen an.

Demnach ist gelangt die Interpellation des Abg. Knebel zur Beratung.

Die Forderung des letzten Sommers hat in umfangreichen Gebieten des Staates massenhafte Frostverletzungen zur Folge gehabt, auch in solchen Fällen, wo die Straßbahn in Anbetracht der außerordentlichen Umstände als einschüddbar betrachtet werden muß.

Die Unterzeichneten richten an die königliche Staatsregierung die Anfrage, ob und in welchem Umfang dieselbe geneigt ist, für solche Fälle allerschärfsten Dtes Begnadigung in Antrag zu bringen.

Da sich Landwirtschaftsminister von Heyden zur sofortigen Beantwortung der Interpellation bereit erklärt, erhält zu ihrer Begründung das Wort.

Abg. Knebel (nat.-lib.): Das Begnadigungsrecht ist eine Prerogative der Krone; wir wollen auch mit unserer Interpellation hierin nicht eingreifen, sondern fragen nur nach den Entschädigungen, die das Staatsministerium etwa getroffen hat. Es mag auf den ersten Blick unbedenklich erscheinen, daß Straßbahn als einschüddbar gelten können, aber man muß die außerordentlichen Verhältnisse berücksichtigen, die große Wirre und den dadurch entstandenen Nothstand, der nach dem

1. Juli in hohem Maße ist. Es bewährte sich die Begnadigung die Angst um nur gering. Das Vieh wurde zu Schädigungen veräußert. Ein Pfund Schweine wurde in unseren Gebirgsgegenden theurer als ein halbes Pfund Fleisch. Gerade das jüngere und werthvollere Vieh wurde veräußert. Eine Bürgermeisterei des Hunsrückens stellte fest, daß nach dem 28. August in Castellum die Viehzahl von 172 auf 355 Stück, d. h. um über 25 Proz. zugenommen war, in der ganzen Bürgermeisterei um 10 Proz. Die Verminderung des Viehs vermindert aber die Erwerbsmittel und damit die materielle Lage des Betroffenen. Aus dieser Sachlage entspringen zahlreiche Fortschritte, darunter viele durchaus einschüddbar. Denn wenn jemand weiß, daß seitens der höchsten Stelle die Eröffnung des Waldes in Aussicht genommen ist, wie das anlässlich der Interpellation des Abg. Schulz-Bußig der Minister versprochen hatte, so ist es dem Betroffenen nicht zu verdenken, wenn er, um sein Vieh zu retten, in den Wald geht und sich Laub und Streu holt. Dann aber ist die Zeit noch gar nicht so weit zurück, wo der Wald in der ersten Verbindung mit der Gebirgslandwirtschaft stand und für die Bedürfnisse leisten mußte. Auch behanden die jetzt abgeholten, während die Abholung auf der anderen Seite keineswegs einen Erfolg für die künftigen Leistungen gewährte. Ich will die Fortschritt nicht bestritten, aber was die Aufschonung in den betreffenden Kreisen kennt, wird nicht zu freu unthunlich. Die Maßnahmen der Behörden zur Linderung der Noth sind ja sehr dankenswerthe gewesen. In Zukunft wird die Staatsregierung der kleinen Gebirgslandwirtschaft durch Anlegung regelmäßiger Forstgraben wirksam zu Hilfe kommen können. Auf dem Hunsrück durften ältere Bäume von ihren Seitenzweigen befreit werden. Dabei sind manniache bedeutende Ausschreitungen vorgenommen, durch welche die Bäume, meist Eichen, völlig zu Grunde gerichtet wurden. Andererseits aber ist auch nicht die Schwierigkeit außer Acht zu lassen, die es der Bevölkerung erschwerte, sich auf die Bäume zu begeben, um die Reste abzufällen. Auch jetzt sind die Verhältnisse noch sehr traurig in den betreffenden Gegenden; ich glaube aber hoffen zu dürfen, daß nach den Erklärungen des Ministers Hilfe eintreten wird. Man hat vielfach eine allgemeine Amnestie für das Nichtigste gehalten. Ich bin nicht der Ansicht; denn ich meine, daß nicht zu rüchserfahrende Frevel auch ihre Strafe werden müssen, eine doppelt schwere Strafe je ungeschicklicher die Zustände waren. Nur die Staatsregierung kann ein Urtheil haben, in welchen Fällen eine mildere Beurteilung am Platze ist. Bei allzu großer Strenge würde ohne Zweifel das Rechtsbewußtsein in den in Betracht kommenden Kreisen verletzt werden. Ich will die Frevel nicht in Schutz nehmen; aber unter den vorliegenden Verhältnissen habe ich es doch für meine Pflicht gehalten, Ihnen die Sachlage objektiv zu schildern. Ich hoffe, die Regierung wird unsere Interpellation mit Wohlwollen aufnehmen. (Beifall.)

Minister v. Heyden: Ich erinnere mich nur konstatieren, daß durch allerschärfste Dtes vom 15. September 1880 der Landwirtschaftsminister Justizstrafen bis zu 30 Mt. selbstständig erlassen kann. Die Regierung ist der Ansicht, daß von einer allgemeinen Amnestie keine Rede sein kann, ist aber in einer Prüfung der Einzelfälle einzutreten und wird in geeigneten Fällen eine Begnadigung in Voridrang bringen, wobei die außerordentlichen Verhältnisse berücksichtigt werden. Doch die Amnestie muß verdrängt werden, daß ein völliger Strafverfall am Platze wäre, sondern nur eine Strafmilderung, da sonst leicht ähnliche Frevel wieder begangen werden könnten und der Unterschied von Wein und Wein nicht vernünftig werden darf.

Abg. Clasing (kon.): Die konservative Partei steht der Interpellation scharf ablehnend gegenüber. Da sie darin einen Angriff in die parlamentarische Debatte erblickt. Wir wünschen nicht die in parlamentarische Debatte übergehen zu lassen, ob und aus welchen Gründen der König eine Begnadigung erlangen lassen soll. Die Interpellation hätte in der Erwägung dieser Gründe die Interpellation nicht eintreten sollen. Eine solche Interpellation steht im grundsätzlichen Widerspruch mit der konservativen Anschauung. Die konservative Partei tritt jedem Versuch, auch nur in schicklicher Weise in die Prerogative der Krone einzugreifen entgegen. Eine solche Interpellation ist ja verzeihlich, da die Begnadigung und ihre Anlegung schon ist. Wenn die Interpellation den Nothstand als Begnadigungsgrund ansieht, so ist das eine gefährliche Ausnahmeweise, da sie zu allen möglichen Konsequenzen führen kann. Das wäre eine solche förmliche Sentimentalität, und würde nur zu Vergehren anreizen. Auf dem geordneten Zustände ist ja genügend Vororge getroffen, daß das Begnadigungsrecht da, wo es am Platze ist, eintritt. Ich betone nochmals, daß meine Partei jedem Versuch, in die Prerogative der Krone einzugreifen, scharf entgegenzutreten muß. (Beifall rechts. Rufen im Centrum und links.)

Abg. Roeren (St.): Die ungewohnte Schroffheit des Vordereurs kann nur mit seiner hoch jungen parlamentarischen Thätigkeit erklärt werden (Unruhe rechts). Dem Wunsch des Interpellanten entsprach im Allgemeinen die Antwort des Ministers, nur habe ich Bedenken dagegen, daß die Tausende von Fällen von Fall zu Fall geprüft werden sollen. Dadurch müssen Ungleichmäßigkeiten entstehen und ich bitte den Minister, generell einen Erlaß für die Fortschritt, die aus Noth während des Wintermangels begangen sind, zu erwidern. Die Behörde hat während der Falttrockenheit im Westen an manchen Orten weder Verständnis noch Herz für die Noth der Bevölkerung gehabt. Man hat die Herabgabe von Laub und den Waldern an die Vorbereitung gelüht, daß die Leute Fortschritt sich kommen lassen müssen. Das war für Viele gleichbedeutend mit einer Verweigerung des Laubs, da sie kein Geld für Fortschritt hatten. Dann hat allerdings der Minister an die Regierung in Erie versagt, man sollte von dieser Herabgabe absehen. Aber diese Herabgabe wurde erst befohlen, als der Minister nochmals dieselbe telegraphisch wiederholt hatte.

Minister v. Heyden: Ich stimme mit dem Abg. Clasing prinzipiell betriebs der Prerogative der Krone überein. Eine generelle Vergebung wie der Vordereur wünscht kann aber nicht erlassen werden, sondern ich werde jeden einzelnen Fall an mich heranbringen. Betriebs der Vorbereitung des Bezugs von Fortschritt bemerkte ich, daß Mangel an Streu unangenehm sein kann, aber niemals Grund zu Aufsehungen sein darf. (Beifall rechts.) Seit Jahren ist die Regierung bemüht, die Bevölkerung der südlichen Rheinprovinz an die Benutzung von Laubstreu zu gewöhnen, da sie sonst oft Stremangel haben werde. Einen Nothstand in Bezug auf Streu kann ich nicht anerkennen, sondern nur in Bezug auf Futter, da man auch ohne Streu auskommen kann.

(Fortsetzung in der Abendausgabe.)

Massower Lotterie.

Unwiderruflich
Ziehung am 15. und 16. Februar 1894.
Hauptgew. 50,000 Mark.
 6197 Gewinne = 259,000 Mark, bestehend in Gold- und Silber-Gegenständen, die garantiert sind mit
90% in Baar.
 Original-Loose à 1 Mark, 11 Loose = 10 M., Porto und Liste 20 Pfg., empfiehlt und versendet auch unter
 Nachnahme das Bankgeschäft
Carl Heintze, Berlin W. (Hôtel Royal) Unter den Linden 3.

Friedrich Sichtung, Steinweg 36.

Sehr gut schriftlich empfohlen aus den höchsten Kreisen.

Unter persönlicher Verpackung

Das Specialgeschäft f. Gas- u. Wasserleitungen

Ernst Vieweg (W. Gerlach's Nachf.)
 Lager von Gaschloßherden, Gasheizöfen, Gasbadeöfen, Gaslampen, Wandlampen, Ampeln, Zyl. Ventilen etc. Alle Sorten Gaswaaren für Gasbeleuchtung.

Geiststr. 47.

Saatgetreide.

Sommerweizen, rother Schlanhäder, ertragreich, volles Korn, steifhalmig, fñt felt am Stroh
do. Mammoth, starkes, feines Stroh, ertragreich, fällt nicht aus
Gerste "Danne" reift 10 Tage früher als andere Sorten, höchste Erträge, gute Braugeigenschaften
do. schlanhäder Chevalier, ertragreich in Heinen und Stroh, feinste Braugeiste
do. "Zweifel" 1. Abtast, reich im Stroh und Körner-Ertrag, feine Braugeiste
Victoria-Cereale, große, weiche Körner, ertragreiche Futtererde, volles Korn, treuert und mit der Hand vertelen

Preise verstehen sich excl. Sad ab Stat. Frankfurt.
 Beauftragt gegen vorherige Einleitung von Casso oder Nachnahme.
Zuckerfabrik Körbisdorf bei Merseburg.

Kopf-Cognac

Übertrifft jedes andere Fabrikat. Schon für 200 M. u. 2.50 M. pro Liter bekommt man eine halbe Barrel.

Wichtig für Landwirthe!
 Thierarzt I. St. Jünger's **Coliktropfen**, seit Jahren als sicher wirtend bekannt.
 1/1 Fl. 1 M. 50 S., 1/2 Fl. 80 S., 10/1 Fl. 14 M. (Porto und Emballage frei).

Respirations-Fluid, 1/1 Fl. 2 M., 1/2 Fl. 1 M. 20 S., 6/1 oder 10/2 Fl. = 11 M. (Porto und Emballage frei).

Peppin-Öl für Thiere (nicht kein giftiges Weisfals enthalten), à Fl. 1 M. 50 S. Bei Abnahme von 10 Fl. = 14 M. (Porto u. Emballage frei).

Zu beziehen nur aus den Apotheken und direct von alleinigen Fabrikanten
Apotheker C. Hartleb in Aachen a. Rh.
 NB. Fabrikate, welche nicht den Namen C. Hartleb auf den Etiquetten tragen, weise man als unecht zurück.

M.H. SALOMONSON'S PERU GUANO

Garantie für die Echtheit dieser Schutz-Markes

Löwen-Markes
 giebt die besten Resultate

General-Vertreter für Halle a. S. und Umgegend: **Gebr. Wege in Halle a. S. u. Gebr. Wege in Teutschenthal.**

Kohlenanzünder

empfehlen billigt
E. Walther's Nachfg., Moritzwinger 1 und Steinweg 26.

BÉNÉDICTINE LIQUEUR DES ANCIENS BÉNÉDICTINS

De L'ABBAYE DE FÉCAMP (France)

Vortrefflich, tonisch, den Appetit und die Verdauung befördernd.

Man achte darauf, dass sich auf jeder Flasche die viereckige Etiquette mit der nebenstehenden Unterschrift des Generaldirectors befindet.

Nicht allein jedes Siegel, jede Etiquette, sondern auch der Gesamtindruck der Flasche ist gesetzlich eingetragen und geschützt. Vor jeder Nachahmung oder Verkauf von Nachahmungen wird mithin ernstlich gewarnt und zwar nicht allein wegen der zu gewärtigenden Folgen, sondern auch hinsichtlich der für die Gesundheit zu befürchtenden Nachtheile, deren sich der Consument aussetzen würde.

Die Nachahmungen verpflichteten sich schriftlich, keine Nachahmungen unserer allein echten Bénédicte zu verkaufen: **Gebr. Zorn, HANS HOTTENROTH, General-Agent, HAMBURG.**

Jeder Monat ein sicherer Treffer!

Baare Geldgewinne ohne Abzug: 1 à 500 000 Mk., 2 à 150 000 Mk., 1 à 120 000 Mk., 1 à 105 000 Mk., 1 à 48 000 Mk., 1 à 30 000 Mk., 1 à 24 000 Mk., 1 à 15 000 Mk., 5 à 6 000 Mk. u. s. w.

36,155 Gewinne mit ca. 5 Millionen Mk.

Die Nachnahme...
Bankhaus J. Scholl, Berlin-Niederschönhausen.

Massower Lotterie.

Ziehung am 15. und 16. Februar. 6197 Gewinne i. Werthe v. 259,000 Mark.
 Alle Gewinne werden mit 90% in baarem Gelde angesetzt.
Leo Joseph, Bankg., Berlin W., Potsdamerstr. 71.
 Reichsbank-Giro-Conto. Telegr.-Adresse: Sanytreffer, Berlin.

Werthstarationsaufstellungen

über Licht, Säubl. u. industrielle Bauweise, etc. Boden-Realitäten finden bei befrist. Hypotheken-Aufnahme oder Fabrikation, Kauf, Verkauf, Erblichkeits- od. Feuerbrev.-Anlässen, nach befrist. Werthstarations-Grundlagen, durch den darin als Specialist in langjähr. Praxis beland. erfabr. akad. gebild. u. nach gerührt gerichtl. u. freiständ. vrb. verpfl. Taxator u. Sachverständ. Richterl. od. Gebäudewerth. Mithin keine Schwierigk. für Städte u. Land-Feuer-Verblichkeits-Gewähr. Werthstarationen zu billigen Preisen zuverl. gewissens. u. discreteste Entscheidung.
E. Blanck, Domplatz 8, II.

Centralheizungsanlagen.

Die vollständige Einrichtung von Dampfheizungen mittelst Hochdruck oder Abdampf - Niederdruck-Dampfheizungen mit doppelt wirkendem Zugregulator und Präzisionsregulierung der einzelnen Oefen.
 Warmwasserheizungen und combinirte Systeme für Privats. öffentliche Gebäude und Fabriken; desgleichen Trockenanlagen für gewerbliche Zwecke, Dampfdrück, Warmwasserbereitung etc., sowie Ausföhrung von Reparaturen übernehme
Dicker & Werneburg, Thurmstraße 123, Fernsprecher 31.

!!! Erprobt gegen Influenza!!!

Bei allen katarthischen Leiden des Kehlkopfes, Rachens, Magens etc. wird die
EMSER VICTORIA-QUELLE
 mit vorzüglichem Erfolg angewandt. Dieselbe zeichnet sich durch die denkbar günstigste chemische Beschaffenheit aus, und eignet sich - vermöge ihres beträchtlichen Gehaltes an Kohlensäure - besonders für den häuslichen Gebrauch.
 Vorräthig in Halle bei **Helmhold & Co.**
König Wilhelms-Felsenquellen in Bad Ems.

Gemüseconserven

in vorzüglicher Qualität, als prima Stängeln- und Schnittspargel, feinste französische und braunschweiger Schoten, Junge Schneidebohnen, Brechbohnen, Flagolettbohnen, Haricots verts, junge kleine Carotten, Leipziger Allerlei, Artischocken, Cardis, Steinpilze, Morellen, Champignons, Trüffel, Tomaten, Oliven, Mixed Pickles, wie auch feinstes Magdeb. Delikatess-Sauerkraut, echte Teltower Rübchen, italienische Maronen,
feinste rhein. Compotfrüchte
 in eleganten Gläsern und Blechdosen, conservirt in reinem indischen Zucker unter Erhaltung ihres natürlichen Aromas und Fruchtgeschmackes, sowie retrograde californische Aprikosen, helle italien. Prünellen, Franz. Katharinen- und Röm. Dessertplummen, aromatisches Schwed. Kronbeeren mit Zucker, Cornichons, Pfeffer-, Senf- und Zuckerkränzen, engl. u. deutsche Fruchtarmeladen, Fruchtgelee's, Fruchtsäfte
 empfiehlt
Julius Bethge, Fernsprecher 251.

Wesermarsch-Butter

anerkannt allerfeinste Sührbaum-Zetel-Butter, in Blöckchen à Pfund 1.15, in Kästchen von 50 und 100 Pfund billiger
 Garantie: Juchendabme.
Molkerei Rodenkirchen (Großb. Oldenburg)

Nervenplätzchen (Cinchona-Tabletten)

Apotheker F. Petzold's
 Rab wegen ihrer fähren Wirkung bei Kopf-schmerz, fieber, Malaria und allen Nervenleiden seit Jahren beliebt und allen kranken Patienten vorzuziehen. Aufgeblich auch bei kranchem Gicht, Säugern mit 27 Cent. 1 Waer in den Apotheken.

Grude-Coak

vorzüglichste Qualität billigt bei **Klinkhardt & Schreiber, Bauhof 24.**